

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4,50 Mk., bei Selbstabholung 4,25 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 6,00 Mk., für 1 Monat 2,20 Mk., (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf.).
Verkaufspreis Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Landauer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 000.

Anzeigenpreise:
Die 7 gespaltene Pettzeile 1,55 Mk. — Die 7 gespaltene Pettzeile mit Plagvorzschritt 1,85 Mk. — Die 7 gespaltene Pettzeile Familiennachrichten 1,40 Mk.
Die Melde-Pettzeile 0,25 Mk.
Schluß der Annahme von Anzeigen für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Landauer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Anzeigen-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Der schrankenlose Ausnahmezustand! Die Moskische Todesstrafverordnung für Düsseldorf bleibt bestehen.

Revision des Friedensvertrages?

Nach einer Meldung aus Paris bringt die Pariser Presse folgende Nachricht: Der Oberste Rat der Alliierten beschloß, Deutschland insofern zu Hilfe zu kommen, als ihm die Aufnahme einer Antiehe gestattet wird, und ihm die Mittel zu liefern, seine Industrie wie der aufzubauen. Die Delegierten waren überzeugt, daß Europa entweder gemeinsam leben oder gemeinsam sterben müsse. Das Ergebnis dieses Beschlusses wird eine vollständige Revision des Friedensvertrages sein. Eine Anzahl Delegierter trägt sich mit dem Gedanken, Europa von jeder Kontrolle der Amerikaner zu befreien. Man rechnet damit, daß der endgültige Beschluß des Obersten Rates Ende dieser Woche bekanntgegeben wird.

Eine Meldung des Berliner Tageblattes aus London besagt: Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten im Unterhaus, unter Vorsitz von Lord Robert Cecil, beschloß, eine Tagesordnung anzunehmen, worin die sofortige Revision des Friedensvertrages mit Österreich durch England und die Alliierten verlangt wird.

Köteborg, 3. März. Nach einer Londoner Meldung, der Daily Mail hat der Sejmavorsitz der Arbeiterpartei beschlossen, an der Fortsetzung der Revision des Versailler Vertrages festzuhalten.

Für die Verständigung mit Sowjetrußland.

Der Ausschuh der Nationalversammlung über auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich in zwei längeren Sitzungen mit den Dringlichen. Als Ergebnis der Aussprache stellte der Vorsitzende Scheidemann am Schluß folgendes fest: Der Ausschuh ist nach eingehender Prüfung und Besprechung unserer Verhältnisse zu Rußland zu folgendem Ergebnis gelangt. 1. Der Beschluß der Reichsregierung, mit einem Delegierten der Sowjetregierung in Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen einzutreten, wird aufgegeben. 2. Die Abfuhr wirtschaftlicher und industrieller Kreise, eine Studienkommission der wirtschaftlichen Lage nach Rußland zu entsenden, wird begünstigt. Es wird der Regierung empfohlen, ihr Förderung angedeihen lassen zu wollen, um damit die demnächstige Aufnahme der Handelsbeziehungen vorzubereiten.

Dazu ist zu bemerken, daß es vor allem Pflicht der Regierung ist, selbst die Verhandlungen mit der Sowjetregierung so zu fördern, daß endlich die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland ermöglicht wird.

Der Berliner Korrespondent des Voriser Welt Journal will wissen, daß zwischen der Sowjetregierung und Deutschland ein Wirtschaftsvertrag abgeschlossen sei, das im wesentlichen die Wiederverteilung des Eisenbahn-, Post- und Telegrammverkehrs mit Rußland, die Erlaubnis zur Anwendung von Ingenieur-, Techniker- und Elektriker- und die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen, Industriewerkzeugen und Manufakturwaren sowie Kohlen von Deutschland gegen die Lieferung von Lebensmitteln, Getreide, Vieh und Rohstoffen, namentlich Danf, von Rußland enthält. Die Sowjetregierung verlangt von Deutschland weder amtliche Anerkennung noch Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. Unentschieden sei das Ereignis Deutschlands, sofort 30 000 deutsche Ansetzler nach dem Wolgast-Gebiet entsenden zu können. Sie fürchte offenbar den Widerspruch der russischen Bauern.

Die Meldung beruht offenbar auf irriger Kombination. Daß die russische Regierung bemittelt, ein ähnliches Abkommen anzubahnen, daß ihr Vertreter Herr Viktor Kopp in Berlin in diesem Sinne tätig sein wird, bezweifeln wir nicht. Anders ist es offenbar noch nicht so weit, wie der Vertreter des Berliner Blattes annimmt. Die deutsche Regierung scheint vor der Verbindung mit dem gefährdeten Sowjetrußland noch sehr zurück. Der zweifelhafte Wert der Pariser Meldung ist schon aus der phantastischen Behauptung von der angeblichen Forderung Deutschlands nach der Einwanderungserlaubnis für 30 000 Ansetzler zu erkennen.

Was wird mit den Mördern?

Berlin, 4. März. (Eigene Drahtmeldung der P. S.) Die Freiheit stellt fest, daß jetzt mehr als zwei Tage vergangen sind, seit sie ihren genauen Bericht über einen angeblichen Mordversuch der vier Spandauer Spartakisten, in Wirklichkeit über die wiedererträgliche Ermordung der vier Mann im Legelex Fort gegeben habe. Bis jetzt sei aber nichts geschahen. Der Staatsanwalt, wie Noble hätten sich in Schwelgen gefüllt. Das Wort fährt fort: „Das Schweigen spricht Bände und steht im sonderbaren Kontrast zu den Bestimmungen des Strafgesetzbuches, die zum Tode verurteilten Personen androht, bei einem Verbrechen dem ordentlichen Richter entzieht. Um die Hand des Schweigens zu durchbrechen, stellen wir deshalb vor aller Öffentlichkeit die Frage, aus welchem Grunde gegen die des Mordmordes beschuldigten Personen bisher noch nicht eingeschritten worden ist? Es ist doch kaum anzunehmen, daß

* Wir geben diesen erschütternden Anklageartikel unseres Berliner Parteibüros auf der 2. Seite dieser Nummer, Red. d. P. S.

ähnlich wie im Mariahilf-Skandal, eine Sühne dieses Verbrechen nicht „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ liegt. Denn das hieße doch diese und ähnliche Verbrechen einer verabschiedeten Kollektiv legalisieren, hieße allen von Nachgedanken gegen die Revolution und ihre Träger erfüllten Personen den Freibrief für vergangene und zukünftige Verbrechen ausstellen.

Wo noch einmal: Wie steht es mit der Unternehmung des von uns dargestellten Verbrechen? In wessen Händen liegt die Unternehmung? Warum ist der Verdunkelungsgefahr bisher noch nicht durch die sofortige Verhaftung der Beschuldigten vorgebeugt worden? Wir erwarten schließlich eine klare und zweifelhafte Antwort!

Blutige Unruhen in Bayern.

München, 3. März. In den niederbayerischen Städten Straubing und Passau kam es zu schweren Unruhen, wobei es Tote und Verwundete gab. In Straubing plünderte der verheerte Mob das Landgerichtsgelände und befreite zwei verhaftete Schwarzschlichter, die von einem Beamten der Landeshauptabteilung inhaft genommen worden waren. Außerdem wurde ohne Erfolg nach dem Beamten der Landeshauptabteilung gesucht. Die Unruhen in dieser Stadt setzten sich am Dienstag fort. Die Bürger- und Reichwehrgewalt wurde aufgerufen. Es kam zu Kämpfen, wobei es auf Seiten der Demonstranten zwei Tote, darunter den Redakteur der neugründung des sozialdemokratischen Neuen Tagespost, und mehrere Verwundete gab. Die Lage ist kritisch. Die Verhängung des Brandrechts steht bevor. In Passau wurde eine Demonstration für die freien Gewerkschaften, in welcher ein Drama Kurt Eisners aufgeführt wurde, durch Reichwehrgewalt und Studenten gesprengt. Es kam zu Schlägereien vor dem Gebäude zwischen Sozialisten und Reichwehrgewalt wobei einige Personen verletzt wurden. Die alarmierte Garnison räumte mit Schreckschüssen den Platz.

Vor einem Militärputsch in Ungarn?

Berlin, 4. März. Eigene Drahtmeldung der P. S.) Dem Berliner Tageblatt wird aus Budapest gemeldet: Nachdem sich in der gestrigen Sitzung der ungarischen Nationalversammlung der Präsident des Hauses in feierlicher Form dagegen verwahrt hatte, daß das Parlamentgebäude ohne Zustimmung des Parlaments durch ein Militärband ohne Zutritt abgesperrt worden sei, hat am 3. März das Oberkommando der Nationalarmee an das Parlament eine Zuschrift gerichtet. In der erklärt wird, daß die Militärregierung eine eingehende Untersuchung eingeleitet und bereits festgestellt, daß von einer eigenmächtigen Aktion der Offiziere keine Rede sein könne, sondern höchstens von einer unrichtigen Auslegung eines allgemeinen Befehls, der erlassen worden sei, weil für die gestrige Sitzung der Nationalversammlung gewisse Vorschriften hätten getroffen werden müssen. Die Auffstellung der Truppen sei im vollen Einverständnis mit der Polizei erfolgt. In den vollständigen Kreisen herrscht große Aufregung. Die Mehrheit der Abgeordneten beschloß einen Vorforschungsausschuh zur Untersuchung der Umstände.

Es gibt also Elemente in Ungarn, denen der Vordruck der heutigen Regierung noch nicht bestialisch genug ist.

Landarbeiterstreiks in Mecklenburg und Pommern

Berlin, 3. März. Nach den Abendblättern wird in Mecklenburg auf ungefähr 100 Hektaren gestreift. Die Frühjahrsoberbestellung ist dadurch bisher nicht gefährdet worden. In Rostock finden heute Verhandlungen des Schlichtungsausschusses statt. Die mecklenburgische Regierung ist entschlossen, die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen, falls von einer der beiden Seiten der Schlichtung nicht angenommen wird. Außerdem sind in den pommerschen Kreisen Damm und Stralsund große Landarbeiterstreiks ausgebrochen.

Neuer Kredit zur Verbilligung der Nahrungsmittel.

Berlin, 3. März. (Z. U.) Die eine hiesige Korrespondenz berichtet, gehen die Anträge von der Nationalversammlung bewilligter Kredite von 3 Milliarden Mark zur Herabminderung der Lebensmittelpreise ihrer Schöpfung ein. Am Reichskabinett dürfte sich eine Mehrheit für einen neuen Kreditantrag, der vermutlich auf 3 Milliarden lauten soll, für diesen Zweck finden.

Die Diktatur der Demokratie.

Die Nationalversammlung hat gestern eine Sitzung vollbracht, die wir nach allen Erfahrungen selbst diesem Parlament nicht zugetraut hätten. Sie hat den Antrag unserer Partei glattweg abgelehnt, die Regierung zur Aufhebung der bekannten Verordnung Noskes für den Regierungsbezirk Düsseldorf aufzufordern, die entgegen dem Reichsverfassungsbuch die Todesstrafe für eine Reihe von Delikten festsetzt und Standgerichte mit der Justifizierung betraut und als eine skandalöse Verletzung der Reichsverfassung betrachtet werden muß. Sie hat der Regierung Blanko-Vollmacht zu solchen und noch viel weitergehenden Maßnahmen gegeben. Sie legt den Artikel 48 der Reichsverfassung in einer Weise aus, die die Vogt vollständig auf den Kopf stellt, um ein schrankenloses Gewaltregiment gegen kämpfende Arbeiter aufzurufen zu können. Der Artikel 48 der Verfassung sagt im zweiten Absatz:

„Der Reichspräsident kann wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet und gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. In diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 116, 117, 118, 123, 124 und 125 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.“

Alle diesen normen denkenden Menschen ergibt sich daraus, daß der Reichspräsident außer in den Materien, die in den obenangeführten Artikeln der Grundrechte behandelt sind, keinerlei gesetzliche Bestimmungen aufheben darf. In jenen Artikeln ist aber weder das Strafrecht noch der Strafprozeß behandelt. Und es bleibt deshalb bei dem Grundsatze der Verfassung, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf und niemand zu einer andern Strafe verurteilt werden darf, als sie das Gesetz vorschreibt. Die Reichssozialisten und bürgerlichen Parteien aber verbreiten den ganz klaren Sinn des Artikels dahin, daß der Reichspräsident, wonach der Reichspräsident die „nötigen Maßnahmen“ treffen kann, ihn zu Vornahme jeglicher Maßnahmen berechtigt ohne jede Rücksicht auf die Bestimmungen der Verfassung und der Gesetze, welchen Zweck alsdann der inbegriffene Nachschuß mit der ausüblichen Einsetzung „In diesem Zwecke“ haben soll, ist ganz unerfindlich.

Aber über logische und juristische Zwirnsäden stolpern die verneinenden Minister und Parteien in Deutschland nicht. Sie haben den schrankenlosen Ausnahmezustand zur wahren Verfassung der deutschen Republik erklärt. Die Folgen werden über sie selbst kommen.

Ueber die Tat der Nationalversammlung schreibt uns unser parlamentarischer Mitarbeiter aus Berlin:

Berlin, 3. März.
Man könnte auch sagen: die Demokratie der Diktatur — es bleibt sich gleich, beide Formulierungen des Begriffs treffen zu und beide bezeichnen dieselbe Sache: deutsche Republik. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung hat die deutsche Demokratie in ihrem wahren Wesen gekennzeichnet. Diese Demokratie ist in Wahrheit eine Diktatur, die angewandt wird gegen die, die eine Diktatur fordern, die in Wahrheit eine Demokratie sein wird. Wie anders der Inhalt des Begriffes Demokratie, des Vorstellungsgebietes bei dem Klang dieses Wortes in den Jugendtagen, in der Sturm- und Drangzeit der deutschen Demokratie, als heute in der Zeit der Herrschaft der freiesten Demokratie in Deutschland, welche Perspektiven damals in der Forderung der Demokratie, wo sie die historisch notwendige Forderung war und in ihrem Schoße — noch nicht zu selbständigem Leben gelangt — die weitergehenden Forderungen der Zukunft barg, wo erst die kühnsten ihrer Vorkämpfer die Konsequenzen zogen und erkannten, daß aus ihrer Entwicklung die soziale Demokratie, die Weltgeschichte der Zukunft entspringen würde. Und nun heute? Wo sind die Perspektiven der Demokratie? Wohin sind die Ideale von Freiheit, von Gleichheit, von Wohlfahrt aller, von höherer Kultur entschwunden? Sie haben keinen Platz mehr in der Demokratie von heute. Bellem, was wir heute vom Standpunkt der historischen Erfahrung aus über die Demokraten von damals in ihrer feindbürgerlichen Befangenheit sagen — welche Gestalten unter ihnen, welche Sturmgefahren! Und nun heute?

Die Sitzung der Nationalversammlung von heute hat uns eine authentische Interpretation des Begriffes Demokratie gebracht. Gegeben von einem der Wortführer der deutschen Demokratie, von dem Herrn Reichsjustizminister Dr. Schiffer. In dieser Feststellung liegt die Feststellung der Agonie der heutigen Demokratie. Ideologie von damals, und Wirklichkeit von heute, Sturmgefahren sind und heute Dr. Schiffer,